

Antrag F 1 - Familienpolitik

Antragsteller: Landesvorstand

Antrag:

Die Linke setzt sich dafür ein, die Erziehungs- und Erwerbsarbeit selbstbestimmt und gleichberechtigt zwischen Mutter und Vater aufzuteilen. Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause selbst erziehen oder sie in einer Kindertagesstätte betreuen lassen wollen. Damit wirkliche Entscheidungsfreiheit gegeben ist, muss das Auskommen der Familie auch dann noch gesichert sein, wenn ein Elternteil, Vater oder Mutter, vorübergehend nicht erwerbstätig ist. Nur eine Förderung mit öffentlichen Mitteln kann dies gewährleisten. Dabei soll der Grundsatz gelten, dass alle Kinder „gleichviel wert“ sind. Das nach dem Einkommen bemessene Elterngeld entspricht deshalb nicht unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. Eine Mutter mit hohem Erwerbseinkommen erhält zur Zeit den Höchstbetrag von €uro 1800,--, während eine Hartz IV - Empfängerin mit dem Mindestbetrag von €uro 300,-- vorliebnehmen muss. Kinder zu erziehen ist eine gesellschaftlich notwendige Arbeit und muss bewertet werden nach dem Motto: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Alle Eltern sollen während der ersten drei Lebensjahre des Kindes ein sozialversicherungs- und steuerpflichtiges Erziehungsgeld in Höhe von €uro 1600,-- monatlich erhalten. Zur Finanzierung dieses Erziehungsgeldes ist es notwendig, das deutsche Steuer- und Sozialsystem familienfreundlich umzugestalten.